



Waldwissenschaftler fordern: Waldumbau durch effiziente Bejagung unterstützen

Published June 22, 2020 by Gesche Schifferdecker

Warum wir eine Neufassung des Bundesjagdgesetzes brauchen

Ein Gastbeitrag von Christian Ammer, Thomas Knoke und Michael Müller

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch den Klimawandel müssen wir vielgestaltige und anpassungsfähige Wälder aufbauen. Wildeinflüsse können dieses Ziel gefährden. Deswegen hat der wissenschaftliche Beirat für Waldpolitik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Februar 2020 ein Eckpunktepapier zur Waldstrategie 2050 veröffentlicht. In diesem wird benannt, welche Regelungen bei der Reform des Bundesjagdgesetzes geändert werden müssten, um den drängenden Aufgaben nachkommen zu können. Wir stimmen der Analyse und den Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats aus waldwissenschaftlicher Sicht im Wesentlichen zu und fordern die Politik auf, die Empfehlungen ihres Beirats zu berücksichtigen.

Der Beitrag der Waldwissenschaften zu diesem Thema hat eine lange Geschichte: Bereits 1974 riefen prominente Mitglieder der damaligen Forstwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Freiburg, Göttingen, München und der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft Reinbek dazu auf, die Populationen des schon damals in beiden Teilen Deutschlands in großer Zahl vorhandenen Schalenwildes, insbesondere des Reh- und Rotwilds, abzusenken. Begründet wurde dies unter anderem damit, dass Wildtiere bei der Nahrungsaufnahme bestimmte, meist seltenere Baumarten bevorzugen. Das führt dazu, dass „der Aufbau von Mischwäldern durch natürliche Verjüngung und die Erhaltung wertvoller, standortsangepasster Baumrassen ... in Frage gestellt“ wird. Der Befund, dass hohe Schalenwildbestände zu einem Verlust seltener Baumarten führen, das Wachstum junger Bäume bremsen oder unmöglich machen, ist in den vergangenen 45 Jahren durch unzählige Untersuchungen bestätigt worden. Dieser Erkenntnis kommt heute eine zusätzliche Bedeutung zu, denn nach gegenwärtigem Wissen kann dem Klimawandel am besten durch den Aufbau gemischter Bestände und die Berücksichtigung trockenheitstoleranter Arten begegnet werden. Diese sind aber häufig „verbissgefährdet“, das heißt, sie werden vom wiederkäuenden Schalenwild bevorzugt und reagieren auf Verbiss mit Verlusten in Zuwachs und Konkurrenzfähigkeit, Verformung oder Tod. Derzeit stehen wir hier vor zwei besonderen Herausforderungen: Zwar bietet sich für die in vielen Fällen als Nadelbaumreinbestände begründeten Nachkriegsaufforstungen die Chance für einen Waldumbau hin zu gemischten Wäldern und einer ausgeglichenen Altersstruktur mit älteren und jüngeren Bäumen, aber dies kann ohne aktives Einbringen, d. h. Pflanzung oder Saat von verbissgefährdeten Laubbaumarten nicht gelingen. Zum anderen müssen die durch Dürre und Stürme 2018 und 2019 in Deutschland entstandenen über 200.000 ha an Schadflächen wiederbewaldet werden. Die Begründung gemischter Waldbestände mit einem hohen Laubbaumanteil ist vielerorts auf Kahlflächen aufgrund der dort herrschenden Umweltbedingungen eine große Herausforderung, die durch unangepasste Wildbestände – das heißt für das Gelingen der Waldverjüngung zu hohe Wildpopulation – nicht verschärft werden darf.



Wildverbiss (Foto: Maria Schlossmacher)

Wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit tierschutzgerechten Möglichkeiten zur Lösung der mit unangepassten Schalenwildpopulationen verbundenen Probleme befasst haben, ergaben, dass es in den meisten Fällen möglich ist, die Waldverjüngung durch die jagdliche Regulation der Wildbestände zu gewährleisten. Die Gründe für den dennoch vielerorts unbefriedigenden Zustand sind vielfältig. Der Waldumbau ist für viele Waldbesitzerinnen *wirtschaftlich nicht attraktiv genug und in der Umbauphase mit Risiken behaftet. Zudem bestehen bei einigen Waldbesitzerinnen und Jägerinnen Wissenslücken zu Waldwirtschaft und Wildökologie, manche haben auch schlicht ein Interesse an hohen Wildbeständen unter Akzeptanz der daraus resultierenden Wildeinwirkungen.* Inhaberinnen des Jagdrechtes, d. h. die Grundeigentümerinnen oder Waldbesitzerinnen sind teilweise durch tradierte und wissenschaftlich überholte Regelungen insbesondere bei Abschussplanung und -vollzug sowie bei den erlaubten Erlegungszeiten daran gehindert, die Wildbestände an die Habitats und an die Ziele anzupassen, die sie mit ihrem Wald verfolgen. Hier sollten die Freiheiten, aber auch die Eigenverantwortung der Akteure vor Ort gestärkt werden, zumal keine der einheimischen Schalenwildarten in geeigneten Lebensräumen durch Jagd bedroht ist.

Moderne Waldbewirtschaftung zeichnet sich dadurch aus, dass neben der Holzproduktion gleichrangig auch andere Leistungen des Waldes für Menschen

Beachtung finden. Neue Studien konnten mit quantitativen Methoden zeigen, dass verschiedene sogenannte „Ökosystemleistungen“ gleichzeitig nur durch einen vielfältigen Wald erbracht werden können. Zudem erfordert die notwendige Dauerhaftigkeit der Ökosystemleistungen einen robusten Wald, der sich nicht nur aus vielen verschiedenen Pflanzenarten, sondern auch aus vielen unterschiedlichen Waldtypen zusammensetzt. Werden diese Möglichkeiten der Vielfalt durch zu starken Wildeinfluss beschränkt, entstehen erhebliche Schäden für Volkswirtschaft und Gemeinwesen. Viele der Ökosystemleistungen des Waldes fallen, wie neuere Untersuchungen zeigen konnten, geringer aus, wenn Wildeinflüsse zu homogenen und fragilen Waldbeständen führen. Beispiele für volkswirtschaftliche Kosten sind verminderte Trinkwasserspende in homogenen Nadelwäldern, geringerer Versicherungswert oder auch soziale Kosten durch erhöhte Kohlenstoffemissionen nach Waldschäden in homogenen und labilen Beständen. Die Konsequenzen für die Waldentwicklung und die Holzproduktion z. B. durch unnötige künstliche Aufforstungen, Verbiss oder Schäl durch Wild, teure Wildabwehrmaßnahmen (die zudem im Falle des Zaunbaus dem Wild die wertvollsten Lebensräume rauben), fehlende natürliche Waldverjüngung und damit verbunden ansteigende Risiken lassen sich für die deutsche Waldfläche auf bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr schätzen. Die Kosten durch Verlust weiterer Ökosystemleistungen dürften diesen Wert noch einmal deutlich übertreffen und sind insbesondere mit Blick auf die ansteigenden gesellschaftlichen Anforderungen an den Wald und seine zunehmende Belastung durch den Klimawandel bedenklich.

Dieser Text wurde gemeinsam verfasst von Prof. Dr. Christian Ammer, Georg-August-Universität Göttingen, Prof. Dr. Thomas Knoke, Technische Universität München, und Prof. Dr. Michael Müller, Technische Universität Dresden.

Titelbild: Maria Schlossmacher